

Linksreformistische Europa- und Außenpolitik

Diskussionsstandspapier der Track-Gruppe 5 der Linksreformismus-Tagung 4. bis 6. Februar 2011 in Berlin von Nadja Douglas (Die Linke), Myriam Riedel (SPD), Erhard Crome (Die Linke), Maria Maltschnig (SPÖ), Karl-Heinz Niedermeyer (SPD) und Christian Beck (B'90/Grüne)

Parlamentarisierung der EU für die Rückgewinnung politischer Steuerungsfähigkeit

Das Europäische Parlament (EP) muss aufgewertet werden: Zum einen muss seine Stellung innerhalb des Institutionengefüges der EU gestärkt werden, indem es dem Rat gleichberechtigt gegenübergestellt wird. Das Mitentscheidungsverfahren ist auszuweiten. Darüber hinaus soll eine wirkliche Wahl der Kommission durch das Parlament erfolgen, evtl. auch durch die Wahl der/des Kommissionspräsidentin/en aus der Mitte des EP.

Die Wahlen zum EP sollen europäisch werden, indem europaweite Listen aufgestellt und europaweite Wahlkämpfe mit europäischen Themen geführt werden. Idealerweise würde die Wahl in allen Mitgliedstaaten am selben Tag durchgeführt. Politische Richtungsentscheidungen (vor allem rechts-links) müssen bei Wahlkämpfen eine entscheidende Rolle spielen. Die europäischen Parteien sollen mit einem/einer europäischen Spitzenkandidaten/in in den Wahlkampf gehen.

Aber auch auf nationaler Ebene müssen Parlamente wieder gestärkt werden, wenn es um außenpolitische Entscheidungen geht. Durch die Internationalisierung von Außen- und Sicherheitspolitik findet eine Machtverschiebung von der Legislative zur Exekutive statt. Parlamentarier/innen nicken de facto nur noch ab, was Staats- und Regierungschef/innen auf internationaler Ebene bereits verhandelt haben und können so zu wenig inhaltlich an den Entscheidungsdetails mitwirken.

Generell leidet nicht nur die Gestaltungsmöglichkeit von Parlamenten. Um multinationalen Konzernen und Wirtschaftsinteressen gegenüber regulierungsfähig zu sein, müssen Nationalstaaten sich auf europäischer Ebene zusammenschließen und

so ein handlungsfähiges Gegengewicht etablieren. Wir fordern beispielsweise eine Börsenumsatzsteuer/Finanztransaktionssteuer. Die Europäische Union muss sich aus eigenen Finanzquellen finanzieren können, zum Beispiel durch vom Parlament beschlossene Steuern.

Wir fordern, dass zivile Missionen vom nationalen Parlament mandatiert werden, um für die Missionen mehr Aufmerksamkeit zu erzeugen und die nötigen Ressourcen sicherzustellen.

Sozialer Stabilitätspakt

Innerhalb der EU gibt es starke Bestrebungen, den Stabilitäts- und Wachstumspakt mit schärferen Sanktionen auszustatten. Sparen wird damit aber teils auch zulasten notwendiger Zukunftsinvestitionen erzwungen, wie zum Beispiel der Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Gesundheit und sozialen Frieden. An solchen falschen Stellen zu sparen kann die Ökonomie vor allem in der Zukunft aber noch stärker belasten als die Zinsen hoher Staatsschulden. Deshalb fordern wir eine Lösung für den Zielkonflikt des bisherigen Stabilitätspaktes und der sozialen EU-2020-Ziele: 25 Prozent beziehungsweise 20 Millionen weniger Menschen in Armut, >40 Prozent Hochschulabsolvent/innen (unter den 30- bis 34-Jährigen), <10 Prozent Schulabbrecher/innen, >3 Prozent Bruttonationaleinkommen (BNE) für Forschung und Entwicklung. Die Erfüllung dieser sozialen EU-2020-Ziele muss mindestens genauso sanktionsbewehrt sein wie die Erfüllung der Sparziele des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Weniger Abhängigkeit von fossilen Energien

Die Gesellschaften und Volkswirtschaften Deutschlands und Europas sind nach wie vor in erheblichem Maß vom Import von Erdöl und anderen fossilen Energieträgern abhängig. Der Höhepunkt der Ölförderung ist weltweit überschritten, die Auseinandersetzung um die Ressourcen nimmt zu. In den Förderländern werden autokratische Regime am Leben erhalten. Die Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Energieträgern in Europa ist daher nicht nur umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitisch geboten, sondern trägt auch zur Förderung von Frieden, Entwicklung und Demokratie bei.

Für eine gerechte Handelspolitik

Die EU-Handelspolitik verfolgt im Großen und Ganzen zwei Ziele. Zum einen ist das die Erschließung von Absatzmärkten und zum anderen die Sicherstellung von Rohstoffquellen. Dieser einseitige Zugang zu internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist symptomatisch für die marktzentrierte EU-Politik. Wir fordern, dass europäische Handelspolitik folgende Prämissen als Leitlinien verfolgt:

- Internationale Verteilungsgerechtigkeit,
- Verhandlungen auf Augenhöhe,
- Demokratie,
- Einhaltung von Kernarbeitsnormen,
- Einhaltung der Menschenrechte,
- Nachhaltige Entwicklung.

Zivile Kapazitäten für die Friedenssicherung

Wir fordern:

1. Personelle und finanzielle Aufstockung der Mittel für den zivilen Friedensdienst in Deutschland und Ergänzung dieser Programme durch EU-Mittel und EU-Projekte.
2. Koordination der europäischen zivilen Helfer/innen (Mediator/innen, Richter/innen, Polizeiausbilder/innen etc.) in Krisengebieten durch die EU und einheitliche Ausbildungsregeln.
3. Übernahme der Verantwortung und der Kosten für den Einsatz deutscher ziviler Helfer/innen (beispielsweise der von den Ländern gestellten Polizist/innen) in Krisengebieten durch den Bund.
4. Konzentration der zivilen Aufbaumittel auf den Aufbau funktionierender Staats-, Verwaltungs- und Justizorgane und einkommensschaffende Projekte für die lokale Bevölkerung.
5. Umsetzung einer langfristig angelegten und von militärischen Vorgaben unabhängigen Struktur- und Aufbauhilfe in den Zielländern von Kriseninterventionen.
6. Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mindestens in Höhe von 0,7 Prozent des BNE als Global Development Goal.

Kollektive Friedenssicherung

Friedenssicherung in Europa muss von militärisch dominierten und auf Konfrontation mit einem außenstehenden Gegner angelegten Verteidigungsbündnissen, wie der NATO, in stärkerem Maße auf kollektive Sicherheitssysteme verlagert werden, die sich vor allem auf nicht militärische Methoden der Konfliktbearbeitung wie vertrauensbildende Maßnahmen, Mediation und friedenssichernde Projekte sowie interkulturellen Austausch in Form von Jugendfreiwilligendiensten, Städtepartnerschaften und internationalen Schulungen von Friedensaktivist/innen stützen. Zur Förderung dieser zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit fordern wir auch die Schaffung voller Reisefreiheit in ganz Europa durch die Abschaffung von Visa-Zwängen.

Die aus der Schlussakte von Helsinki 1975 hervorgegangene OSZE muss als Nukleus eines kollektiven Sicherheitssystems mit kontinenteübergreifender Reichweite wieder mit Leben erfüllt, auf solide vertragliche Grundlagen gestellt und mit konkreten Handlungsmöglichkeiten für die Friedenssicherung ausgestattet werden.

Wesentliche Schritte für eine solche Aktivierung der OSZE sind eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem vom russischen Präsidenten Medwedjew initiierten Projekt des Vertrages über europäische Sicherheit (VES), die Ratifizierung des adaptierten Vertrages über konventionelle Sicherheit in Europa, die Umsetzung des Wiener Dokuments für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, insbesondere in der Anwendung auf die eingefrorenen Konflikte im OSZE-Bereich sowie der endgültige Verzicht auf die Errichtung von Raketenabwehrsystemen im OSZE-Bereich.

Kollektives Konfliktmanagement erfordert eine Einbeziehung aller Konfliktparteien vor Ort und umfassende mehrdimensionale Mediation. Darüber hinaus sollte zivilgesellschaftliche Expertise Eingang finden in internationale Instrumente der Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung, zum Beispiel in die Arbeit des Konfliktpräventionszentrums der OSZE. Innerhalb der zivilen Friedensarbeit sollte auf Methoden der Friedensbewegung wie zum Beispiel gewaltfreie Kommunikation zurückgegriffen werden.

Transparenz und zivilgesellschaftliche Kontrolle

Staatliches Handeln in Europa sollte transparent und für die Bürger/innen nachvollziehbar sein. Verhandlungen sollten transparent und nicht in exklusiven Formaten stattfinden. Die im Code of Conduct über politisch-militärische Aspekte von Sicherheit der OSZE geschaffenen Ansätze für eine parlamentarische und zivilgesellschaftliche Kontrolle der Aktivitäten staatlicher Sicherheitskräfte müssen in allen Vertragsstaaten öffentlich bekannt gemacht und umgesetzt werden. 🌐

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik



Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 75!

Exit Afghanistan

Einstieg in den Ausstieg
Was Algerien lehrt
Der Afghanistan-Komplex
Abzug nicht kopflos

Deutsche Interessen

Frankreich und Europa
Krieg am Horn
Energie und Klima

*Abo-Vorteile!
6 Ausgaben jährlich
ab 25 €!*

bestellung@welttrends.de

[amazon.de](https://www.amazon.de)

www.welttrends.de